

# Leitantrag der Kreis-CDU beschlossen

**Parteien** Die CDU im Schwarzwald-Baar-Kreis hat bei ihrem Parteitag ein Positionspapier veröffentlicht.

**Schwarzwald-Baar-Kreis.** „Sicher leben, solide wirtschaften und verantwortungsvoll regieren“ – so überschreibt die Kreis-CDU ihren Leitantrag zum Regierungsprogramm. Dieser wurde beim Parteitag vom Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei im Detail erläutert und dann von den anwesenden Mitgliedern mit anhaltendem Applaus wohlwollend und einstimmig abgeseget.

Unter anderem ist darin nachzulesen, dass „ein wehrhafter Staat“ zur „Verteidigung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung unerlässlich“ sei. Gefordert wird die Einführung der Schleierfahndung und die Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Gleichzeitig gelte es, die Entwicklungshilfeszusagen in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttoinhaltsproduktes einzuhalten.

Mit Blick auf die sogenannte Flüchtlingskrise wird erklärt, dass es politisch das Ziel bleibe, die Migration nach Deutschland „weiter zu begrenzen“. Die euro-



Thorsten Frei erläuterte beim Parteitag in Dauchingen den Leitantrag des CDU-Kreisverbands, der vom Plenum einstimmig begrüßt wurde. *Foto: Gertrud Hauser*

päische Grenzsicherung gelte es weiterzuentwickeln. Der Schutz müsse auf die „wirklich Schutzbedürftigen“ begrenzt werden. Die Maghreb-Staaten müssten als sichere Herkunftsstaaten gelten und in den nordafrikanischen Staaten müsse man „Migrationszentren“ einrichten. Sogenannte „Rückführungsbeschlüsse“ müssten konsequenter durchgesetzt werden.

Auch die Wirtschaftspolitik ist Teil der Resolution: die schwarze Null wird als nachhaltig und generationengerecht betrachtet. Der Staat erwirtschaftete aber derzeit Rekordeinnahmen. Daher wird angeregt, „mögliche Spielräume im Bundeshaushalt für Steuerentlastungen zu nutzen“, zum Beispiel als Entlastung für junge Familien. Für diese kann man sich auch ein „Baukindergeld“ vorstellen.

Zu guter Letzt wird auch noch gefordert, die Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu fördern, im Bereich der Infrastruktur, der medizinischen Versorgung, Bildung und bürgernaher Verwaltung – dafür seien „punktuelle öffentliche Förderungen“ hilfreich. dsc